



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 15. Sitzung des Ortsbeirates Plauen (OBR PI/015/2016)

am Dienstag, 1. März 2016,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Plauen, Ratssaal,
Nöthnitzer Straße 2, 01187 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Irina Brauner

Mitglied Liste CDU

Dr. Gudrun Böhm
Gisela Clauß
Thomas Lehmann
Alexander Seedorff
Sarah, Carola Strugale

Mitglied Liste DIE LINKE

Uwe Dolge
Waldemar Peine
Jürgen Stäbener
Gerold Wagner

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Jens Georgi
Xaver Seitz

Mitglied Liste SPD

Bijan Djawid
Heike Wieghardt

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Günter Schneider

Mitglied Liste FDP

Dietmar Keil

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Michael Hauck

Stellvertretende Mitglieder

Michael Meißner
Barbara Schmidt

Vertretung für Herrn Erik Zimmermann
Vertretung für Frau Christin Bahnert

Abwesend:

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Christin Bahnert

Mitglied Liste SPD

Erik Zimmermann

Mitglied Liste PIRATEN

Frank Schirlitz

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
- 2.1 Aufhebung des Punktes 8e) des Stadtratsbeschlusses V0120/14 (SR/010/2015) vom 7. Mai 2015 - Entscheidung über Verkauf und Bebauung der nicht von der Kita genutzten Teilfläche oder Nutzung dieser Flächen als öffentlicher Kinderspielplatz **V0865/15
beratend**
- 3 Mündliche Information des Jugendamtes zur Unterbringung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen
Zuständig: Jugendamt
- 4 Mündliche Vorstellung der Arbeit der Sozialraumkoordinatorinnen Asyl des Ausländerrates im Ortsamtsbereich Plauen
Zuständig: Ausländerrat
- 5 Informationen, Hinweise und Anfragen - aktuelle Informationen zum Thema Asyl

öffentlich**1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

Die Ortsamtsleiterin eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Anschließend bestätigt der Ortsbeirat die Tagesordnung einstimmig.

Zur Niederschrift der 13. Sitzung stellt Frau Dr. Böhm den Antrag, Absatz zwei auf Seite 7 durch folgende Formulierung zu ersetzen:

„Frau Dr. Böhm erinnert daran, dass es heutzutage möglich sein sollte, die Schallisolierung der Klassenräume in den Fußböden - und nur in den Fußböden - zu realisieren. Für die Raumdecken könnte ein Sand-Kalk-Anstrich der Entwicklung von Stockflecken vorbeugen.“

Der Ortsbeirat stimmt diesem Antrag mit 14/0/3 Stimmen zu. Entsprechend wird das Protokoll der 13. Sitzung geändert und online veröffentlicht.

Zur Niederschrift der 14. Sitzung gibt es keine Anmerkungen.

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

2.1	Aufhebung des Punktes 8e) des Stadtratsbeschlusses V0120/14 (SR/010/2015) vom 7. Mai 2015 - Entscheidung über Verkauf und Bebauung der nicht von der Kita genutzten Teilfläche oder Nutzung dieser Flächen als öffentlicher Kinderspielplatz	V0865/15 beratend
------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------

Frau Brauner begrüßt Herrn Detlef Thiel, Amtsleiter des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft (ASA) und Frau Ute Eckardt, Sachbearbeiterin Planung Spielplätze, zur Erläuterung der Vorlage.

Herr Thiel legt zunächst die Gründe dar, die zur Erstellung dieses Beschlussvorschlages geführt hätten. So habe der Stadtrat mit Punkt 8 e des den Ortsbeiräten vorliegenden Beschlusses V0120/14 vom 07.05.2014 eine Entscheidung getroffen, die vorher nicht fachlich untersucht worden sei. Eine anschließende fachliche Bewertung habe gezeigt, dass der Beschluss nicht umsetzbar sei. Deshalb werde nunmehr vorgeschlagen, ihn aufzuheben und es würden zwei alternative, einander ausschließende Vorschläge zur Entscheidung unterbreitet. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass es im betrachteten Stadtgebiet durchaus Bedarf an Spielplätzen gebe, allerdings ohne diese Priorität gegenüber anderen Stadtgebieten einzuräumen. Herr Thiel verweist auf den in der Nähe befindlichen Spielplatz Beutlerpark, der attraktiv neu gestaltet wurde und sich in fußläufiger Nähe befinde. Zudem sei zu berücksichtigen, dass für den Bau von Spielplätzen in absehbarer Zukunft keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen würden.

Herr Schneider ergreift in der sich anschließenden Diskussion als erster das Wort. Er bezieht sich in seinen Ausführungen auch auf einen Vor-Ort-Termin, der unmittelbar vor der Ortsbeiratssitzung auf dem und um das Gelände der Kita „Kleiner Globus“ stattgefunden habe. Die dabei gewonnenen Eindrücke würden ihm verdeutlichen, dass die Freifläche der Kita, Norm hin oder her, tatsächlich für 150 Kinder knapp erscheine. Er halte es aber angesichts der Geländegröße zwischen Kita und Reichenbachstraße für möglich, beiden Nutzungswünschen - dem nach mehr

Spielfläche und dem nach ebenso notwendigem Wohnungsbau - entsprechen zu können. Deshalb regt er an, durch eine Neuaufteilung der Grundstücke beide Nutzungsarten in gedeihlichem Nebeneinander zu ermöglichen.

Frau Strugale schließt an das Statement Herrn Schneiders die Frage an, ob die Verwaltung an solche Kompromisslösungen gedacht habe und wenn ja, welche Varianten dazu geprüft worden seien.

Herr Thiel verweist darauf, dass es dazu keinen Auftrag gegeben habe und durch sein Amt deshalb lediglich Ziffer 8 e auf Umsetzbarkeit hin untersucht worden sei; mit dem bekannten Ergebnis.

Frau Wieghardt fragt nach Alternativen für Spielplatzgrundstücke, welche genutzt werden könnten, sollte an der hier betrachteten Stelle Wohnbebauung entstehen. Mit dem Spielplatzkonzept, gibt sie zu bedenken, sei ein Defizit für das Gebiet festgestellt worden.

Frau Eckardt erinnert daran, dass es sich indes um keine großen Defizite handle und solche auch Ergebnis der angewandten Untersuchungsmethode sein können. So würde um jeden bestehenden Spielplatz ein Radius von 300 Metern gezogen, der den Einzugsbereich darstelle. Dabei verblieben Restflächen. Eine solche fiel nun auf die Kita an der Umlandstraße.

In die Betrachtung zur Verfügbarkeit von Spielplätzen würden zusätzlich zu den städtischen natürlich auch alle anderen frei verfügbaren Spielplätze einbezogen. Davon gebe es in der Nähe weitere, wie z.B. an der Schnorrstraße oder an der Umlandstraße. Ob die Kita „Kleiner Globus“ eine ausreichend große Spielfläche habe, obliege zudem nicht der Beurteilung des ASA und ist demnach auch nicht Gegenstand des Spielplatzentwicklungskonzeptes.

Frau Wieghardt erfragt die Kosten für den Neubau eines Spielplatzes und möchte konkret die Standorte naheliegender, öffentlich zugänglicher Spielplätze wissen.

Frau Eckert verweist auf die variablen Kostenbestandteile Grundstückspreis und Ausstattungsstandart. Ein öffentlicher Spielplatz für die hier in Rede stehende Fläche würde mit etwa 80 000 Euro zu veranschlagen sein - Geld, das nicht zur Verfügung stehe -, der besichtigte im Beutlerpark habe mit 130 000 Euro zu Buche geschlagen.

In der Nähe befänden sich Spielplätze im Bereich Andreas-Schubert-Straße 7 bis 17 und Schnorrstraße 30 bis 44. Weitere befänden sich gegebenenfalls im Bereich der Wohnhäuser Hochschulstraße.

Herr Djawid gibt zu bedenken, dass das Spielplatzentwicklungskonzept nicht in der Lage sei, die tatsächlichen Gegebenheiten vollständig zu berücksichtigen und dem subjektiven Empfinden der potenziellen Nutzer ausreichend Rechnung zu tragen. Er verweist auf die trennende Wirkung der Reichenbachstraße, deren Querung kleinen Kindern (unbeaufsichtigt) nicht zumutbar sei. Deshalb möchte er vertiefend wissen, warum der Punkt 8 e nicht umsetzbar sei.

Herr Thiel verweist hierzu auf die Seite 4 der behandelten Vorlage. Letzten Endes, so der Amtsleiter, seien die 10 Meter zu schmal.

Herr Meißner weist auf die neu entstandenen umliegenden Wohnbauten hin, die insbesondere für junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktiv seien und folgerichtig eine wachsende Kinderschar erwarten ließen. Wie werde dies abgebildet und berücksichtigt?

Frau Eckardt erklärt, dass das Spielplatzentwicklungskonzept Bevölkerungsprognosen für einen definierten Zeitraum berücksichtige, dennoch freilich einen Moment darstelle und zur dynamischen Beschreibung selbstverständlich Fortschreibungen nötig seien und erfolgen würden.

Der Ortsbeirat tauscht Gedanken zu einem möglichen Nutzungskompromiss aus und verständigt sich auf eine Beratungspause.

Dieser schließt sich eine weitere Diskussionsrunde an, nach deren Abschluss Frau Strugale folgenden Antrag stellt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie eine noch zu bestimmende Teilfläche als zusätzliche Spielfläche für die Kindertagesstätte „Kleiner Globus“ abgetrennt werden kann und diese Variante dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Die verbleibende Teilfläche wird zum Zwecke der Wohnbebauung veräußert.“

Dieser Antrag, so Frau Strugale, stelle eine Kompromisslösung zwischen den Nutzungskonflikten Spielplatz und Wohnbebauung dar. Er solle an die Stelle der Beschlusspunkte 2 a und 2 b rücken.

Herr Wagner resümiert sodann, dass die Nutzung der bisher unbebauten Flächen als öffentlicher Spielplatz auf absehbare Zeit nicht realistisch sei. Er stellt deshalb folgenden Antrag:

„Die gegenwärtig von der Kita nicht genutzten Teilflächen werden dieser zugeschlagen und damit zur Nutzung zur Verfügung gestellt.“

Der Ortsbeirat einigt sich anschließend über das Abstimmungsverfahren.

Anschließend wird **Ziffer 1 des Beschlussvorschlages einstimmig** angenommen.

Danach wird über den Antrag Herrn Wagners abgestimmt. Diesen lehnt der Ortsbeirat ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja 4, Nein 13, Enthaltung 1

Sodann wird dem von Frau Strugale vorgetragenen Ersetzungsantrag zu den Ziffern 2 a und b zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschlusspunkt 8e) des Stadtratsbeschlusses V0120/14 (SR/010/2015) vom 7. Mai 2015 Zweite Fortschreibung Spielplatzentwicklungskonzeption wird aufgehoben.

(einstimmig)

Im Weiteren muss entschieden werden zwischen Beschlusspunkt

~~2a. Die außerhalb der Kindertagesstätte befindlichen Teile der Grundstücke 1225 und 313a, Gemarkung Altstadt II, werden verkauft, der Verkaufserlös wird wie geplant zur Finanzierung von Baumaßnahmen des Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen genutzt.~~

~~oder~~

~~2b. Die außerhalb der Kindertagesstätte befindlichen Teile der Grundstücke 1225 und 313a, Gemarkung Altstadt II, werden für die Errichtung eines öffentlichen Spielplatzes genutzt. Der ausgebliebene Verkaufserlös wird dem Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen erstattet, außerdem werden Haushaltsmittel für die Errichtung des öffentlichen Spielplatzes eingestellt.~~

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie eine noch zu bestimmende Teilfläche als zusätzliche Spielfläche für die Kindertagesstätte „Kleiner Globus“ abgetrennt werden kann und diese Variante dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Die verbleibende Teilfläche wird zum Zwecke der Wohnbebauung veräußert.

Abstimmungsergebnis:

Ersetzung

Ja 14 Nein 4 Enthaltung 0

3 Mündliche Information des Jugendamtes zur Unterbringung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen Zuständig: Jugendamt

Herr Kevin Görden, Abteilungsleiter Grundsatz, Planung und Verwaltung des Jugendamtes spricht zum Thema. Er betont, dass es dem Jugendamt wichtig sei, in allen Ortsamtsbereichen und Ortschaften der Stadt darüber zu informieren, wie mit den unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (uaM) in der Stadt verfahren werde.

Es sei zunächst erforderlich, sich die Ausgangssituation vor Augen zu führen. Während bundesweit die Zahl der uaM von 7.803 im Oktober 2014 auf 69.000 zum 1. März 2016 angestiegen sei, wären in Dresden im Jahr 2014 durchschnittlich 17 Jugendliche gemeldet gewesen, die im Kinder- und Jugendnotdienst aufgenommen worden seien. Aktuell seien 311 Personen zu betreuen. Mit dem Inkrafttreten neuer rechtlicher Regelungen im November 2015 sei es möglich geworden, uaM nach dem Königsteiner Schlüssel innerhalb Deutschlands zu verteilen, nachdem sie in den - in der Regel grenznahen - Bundesländern zunächst registriert worden seien. Sachsen nehme demnach 13,2% der Jugendlichen auf. Bei den uaM handle es sich laut Gesetz um Jugendliche (bis 18 Jahre), die ohne ihre Eltern oder Geschwister oder andere in gerader Linie Verwandte zu uns komme. Aufgabe des Jugendamtes sei es nunmehr, den Jugendlichen einen Vormund zu stellen, ihnen ein Dach über dem Kopf zu geben und ihre Perspektiven zu klären. Als erster Schritt erfolge die sogenannte Inobhutnahme, ein Verwaltungsakt, dem die Unterbringung in betreute Wohnformen sich anschließen. Das bedeute praktisch die überwiegende

Unterbringung in Jugendherbergen, die mit einer 24 - stündigen sozialpädagogischen Betreuung einher gehen. Der Kinder- und Jugendnotdienst selbst verfüge lediglich über 18 Plätze. Afghanistan und Syrien seien die Hauptherkunftsländer dieser Personengruppe. Die vorwiegenden Altersgruppen sind 14 bis 16 Jahre und insbesondere 16 bis 18 Jahre.

Es erfolge eine Schuleingangsuntersuchung, der Beginn von Deutschunterricht und die Klärung der familiären Situation, um beispielsweise Familienzusammenführungen zu ermöglichen. In der ganzen Stadt werde nach Möglichkeiten für dezentrale Unterbringung, gleichmäßig auf das Stadtgebiet verteilt, gesucht. Damit seien auch freie Träger der Jugendhilfe befasst, die sich bemühen, die Jugendlichen in betreuten Wohngruppen unterzubringen. Auch die Unterbringung in Gastfamilien würde sich derzeit zu etablieren beginnen. Über 300 Familien hätten sich mittlerweile bereiterklärt, jene aufzunehmen, sie seien geschult worden und die ersten Betreuungsverträge ständen vor der Unterzeichnung. Vertiefende Informationen zu Thema fänden sich ebenfalls unter www.Dresden.de/Jugendamt.

Herr Seitz fragt eingangs der Diskussion, ob nunmehr mit der Umnutzung der ehemaligen Kita Oskar-Seyffert-Straße 11 in ein Wohnheim für uam zu rechnen sei. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde derzeit erstellt, so die Antwort, befinde sich aber noch in der verwaltungsinternen Diskussion. Wenn sie in den Gremiendurchlauf gegeben werde, erfolge selbstverständlich die Behandlung auch im Ortsbeirat Plauen.

Herr Peine geht auf einen Passus in den Ausführungen Herrn Gördens ein, der geäußert hatte, die Jugendlichen würden oft von ihren Familien geschickt. Bedeute das auch, dass sie zum öffentlichen Betteln angehalten würden?

Darüber gebe es keine Erkenntnisse, so Herr Görden. Die 24 - stündige Betreuung beuge dem vor. Es sei dadurch möglich, die einzelnen Jugendlichen recht gut einzuschätzen. Auch gebe es keinerlei Hinweise der Polizei zum Betteln der betroffenen Personengruppe. Das Wegschicken der Jugendlichen durch ihre Eltern geschehe vornehmlich zum Schutz der Betroffenen.

Der Ortsbeirat bedankt sich bei dem Vortragenden anschließend für die umfangreiche Information.

4 Mündliche Vorstellung der Arbeit der Sozialraumkoordinatorinnen Asyl des Ausländerrates im Ortsamtsbereich Plauen Zuständig: Ausländerrat

Johanna Stoll vom Ausländerrat Dresden e.V., regionale Koordinierungsstelle Asyl in Dresden Altstadt und Plauen, spricht zum Thema. Sie bedient sich dabei einer Präsentation, die den Damen und Herren des Ortsbeirates zur Verfügung gestellt worden ist. Für den Ortsamtsbereich Plauen gibt es folgende aktuelle Zahlen und Fakten über Asylunterkünfte:

- Drei Erstaufnahmeeinrichtungen mit einer Kapazität von insgesamt 1450 Plätzen zum Dezember 2015 in Verantwortung der Landesdirektion Sachsen
- Eine Interimsunterkunft Schleiermacherstraße mit einer Kapazität von 70 Plätzen in Verantwortung der Landeshauptstadt, betrieben von den Johannitern; die soziale Betreuung erfolgt durch den Ausländerrat

- Eine Interimsunterkunft Strehleener Straße mit einer Kapazität von 354 Plätzen in Verantwortung der Landeshauptstadt, betrieben vom Hoteleigentümer; die soziale Betreuung erfolgt durch die Johanniter
- 68 Gewährleistungswohnungen mit 354 belegten Betten zum Februar 2016; die soziale Betreuung erfolgt durch den Ausländerrat und den Sächsischen Flüchtlingsrat

Den Regionalkoordinatoren komme vor allem die Aufgabe zu, inhaltliche, strukturelle und regionale Koordinierungsarbeit zu leiten und dabei die verschiedenen Akteure zusammenzuführen (Ehrenamtliche, Netzwerke, Behörden etc.).

Sie seien zudem für Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungs- und Bildungsarbeit zuständig und arbeiten eng mit dem Sozialamt zur Sicherung der Unterbringung und der Betreuungsaufgaben zusammen.

Durch die in Verantwortung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu errichtenden Ankunftscentren mit dem Ziel, Asylentscheidungen in 24 Stunden zu treffen, ergäben sich für die Arbeit vor Ort Konsequenzen, die es zu bewältigen gälte. Die Fristverkürzung habe insbesondere zur Folge, dass die Kommunen ohne Kenntnis über relevante Personenmerkmale der anerkannten Asylbewerber deren Eingliederung realisieren müssen. Dabei seien die Flüchtlinge, eben im Land angekommen, in der Regel selbst noch ohne konkrete Pläne für ihre Zukunft, müssten nunmehr aber alle erforderlichen Wege gehen, diese sich einzurichten; also Anmeldung von Leistungen, Suche nach Arbeit etc. Die Asylkoordinatoren seien nicht mehr zuständig, da die Asylverfahren abgeschlossen. In Dresden gebe es aber viel zu wenige Migrationsberatungsstellen, die nunmehr unterstützend wirken müssten. Es sei demnach erforderlich, organisatorische Voraussetzungen für diese neuen Aufgaben zu schaffen und das erforderliche Personal hinreichend zu qualifizieren, insbesondere hinsichtlich interkultureller Kompetenzen und erforderlicher Sprachkenntnisse.

Herr Keil möchte eingangs der Diskussion wissen, wohin die Asylbewerber von der Schleiermacherstraße verbracht würden, wenn diese, wie vom Oberbürgermeister öffentlich zugesagt, Mitte April geschlossen werde, um mit der komplexen Schulsanierung zu beginnen.

Frau Stoll verweist auf neue Einrichtungen, die ans Netz gegangen seien und Flüchtlinge aufnehmen vermögen würden, zudem sei, auch auf Grund der gegenwärtig gedrosselten Flüchtlingsströme, die Schleiermacherstraße zur Zeit bereits längst nicht mehr vollständig ausgelastet. Zur Schließung der Einrichtung selbst berichtet die Ortsamtsleiterin - im tatsächlichen Sitzungsverlauf später unter dem TOP 5 -, dass der avisierte Baubeginn wie vorgesehen bei Mitte April 2016 bleibe. Die für den Abbruch der Sporthalle erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen hätten begonnen, der Freizug solle bis zum 15. April abgeschlossen sein, so dass bereits am nächsten Tag die Bagger anrollen könnten.

Frau Wieghardt resümiert, gemeinsam mit der Ortsamtsleiterin, dass es im Ortsamtsbereich Plauen mit den Einrichtungen Nöthnitzer Straße, Bergstraße und Strehleener Straße/Schnorrstraße drei Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaates gebe. Ob die in der Nöthnitzer Straße bald nicht mehr gebraucht würde, wie Gerüchte behaupteten, lasse sich von der Landeshauptstadt nicht beantworten, so Frau Brauner. Sie fragt anschließend Frau Stoll, ob an der

Stuttgarter Straße eines der Aufnahmezentren des Freistaates entstünde. Dazu, so Frau Stoll, sei sie nicht aussagefähig.

Herr Hauck erinnert an eine Vorlage über die dezentrale Unterbringung Asylsuchender, die hier betrachtet wurde und möchte wissen, ob es unterdessen Standards für die Einrichtung entsprechender Unterkünfte gebe. Frau Stoll berichtet, dass sie als Vertreterin eines freien Trägers in die Planungen dazu in keiner Weise einbezogen sei. Es werde aber wahrgenommen, dass der hohe Platzbedarf der letzten Monate dazu geführt habe, dass es offenbar kaum Standards gebe. Die Einrichtung sei in der Regel sehr spartanisch.

5 Informationen, Hinweise und Anfragen - aktuelle Informationen zum Thema Asyl

Frau Brauner weist die Damen und Herren Ortsbeiräte darauf hin, dass die aktuellen Zahlen und Informationen zu Thema Asyl auf den Plätzen verteilt worden seien. Sie macht zudem auf die Dynamik des Prozesses und die aus ihr folgenden abweichenden Zahlen zu verschiedenen Stichtagen aufmerksam.

Herrn Lehmanns Frage zu weitergehenden Informationen zur entstehenden Einrichtung Stuttgarter Straße kann Frau Brauner mit Hinweis auf die Zuständigkeit des Freistaates nicht beantworten.

Anschließend informiert die Ortsamtsleiterin über die diesjährige Aktion „Sauber ist Schöner“ und darüber, dass Frau Lippmann nunmehr die Sachbearbeiterin Ordnung und Sauberkeit des Ortesamtes sei. Mit ihr solle sich bitte jeder in Verbindung setzen, der Arbeiten im Rahmen der genannten Maßnahme plane. Telefon: 488 6806.

Anschließend trägt Herr Peine einen Antrag vor, der an das Bauvorhaben zum Gymnasium Süd-West anknüpfe, welches mit dem Abriss der 46. Oberschule einhergehe. Die Stadt beabsichtige in diesem Rahmen, den Gedenkstein für Soja Kosmodemjanskaja, der einstigen Namensgeberin der Schule, im städtischen Lapidarium einzulagern.

Die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, die SPD und das Bündnis Freie Bürger des Ortsbeirates stellen deshalb den Antrag, folgenden Brief an den Oberbürgermeister zu richten:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

entsprechend der Vorlage V0760/15 ist vorgesehen, den Gedenkstein für Soja Kosmodemjanskaja, jetziger Standort vor der 46. Mittelschule, Leubnitzer Straße, im Zuge der Sanierung und Erweiterung des Schulstandortes für das Gymnasium Dresden Süd-West zurückzubauen und im städtischen Lapidarium einzulagern.

Wir ersuchen Sie, überprüfen zu lassen, ob dieser Gedenkstein im Dresdner Stadtgebiet einen neuen öffentlichkeitswirksamen Standort finden kann.

Die mit diesem Gedenkstein geehrte Person ist u.a. auch im heutigen Russland sehr populär. Das Andenken an Soja Kosmodemjanskaja ist wichtiger Bestandteil der Erinnerungskultur des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime. Symbolisch steht sie für die aktive Ablehnung einfacher Bürgerinnen und Bürger gegen Unrecht und Staatsterror. Die Mahnung dieses

Gedenksteines bleibt aktuell. Eine „Beiläufige Entsorgung“ der Erinnerungsstätte anlässlich eines Bauvorhabens wäre, gerade auch angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Debatten, das völlig falsche Signal.

Der Ortsbeirat Plauen regt eine Umsetzung des Gedenksteines auf die parkähnliche Freifläche vor dem Militärhistorischen Museum an der Stauffenbergallee an.“

Der Ortsbeirat stimmt diesem Antrag zu, nachdem die Ortsamtsleiterin auf ein Gemälde hingewiesen hat, das den Titel trägt: „Soja Kosmodemjanskaja verlässt ihr Elternhaus“ und in der Aula des Gymnasiums Plauen hänge und nachdem Herr Keil gefragt hatte, welchen Bezug die Geehrte zu Dresden habe, den es, so Frau Brauner, auf Grund ihres frühen Todes nicht gebe.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11, Nein: 0, Enthaltung: 7

Herr Wagner möchte wissen, ob die Erneuerung der Rohwasserleitung zu Wasserwerk Coschütz begonnen habe, was durch das Ortsamt bejaht wird.

Herr Peine macht auf die fortwährenden Raumsorgen der Stadtteilbibliothek Südvorstadt aufmerksam. Die geplante Lösung, so die Ortsamtsleiterin, sei nicht zu Stande gekommen. Sie werde Erkundigungen über aktuelle Überlegungen der städtischen Bibliotheken einholen.

Herr Stäbener fragt, ob bekannt sei, was mit dem Grundstück des Netto-Marktes an der Kohlenstraße geschehen solle, dass von Privat an Privat verkauft worden sei. Das Ortsamt könne dazu keine Aussagen machen und auch nicht einholen, so Frau Brauner.

Sie beendet anschließend die 15. Sitzung des Ortsbeirates.

Irina Brauner
Vorsitzende

Rolf Gerhardt
Schriftführer

Gisela Clauß

Dietmar Keil